
Vorsitz: Moldau**758. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 18. Juni 2014

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 13.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Popov

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

Vorträge zum Thema „UNSCR 1540 – der zehnte Jahrestag“ von:

- *S. E. Botschafter Oh Joon, Ständiger Vertreter der Republik Korea bei den Vereinten Nationen, Vorsitzender des Ausschusses des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach Resolution 1540 (2004);*
- *Terence Taylor, Koordinator, Sachverständigengruppe zu UNSCR 1540;*
- *Svetlana Geleva, Nationale CBRN-Koordinatorin, Außenministerium der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien*

Vorsitz, Oh Joon (FSC.DEL/115/14 OSCE+), T. Taylor, S. Geleva (FSC.DEL/110/14 OSCE+), Direktor des Konfliktverhütungszentrums, Griechenland – Europäische Union (mit den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Armenien, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/112/14), Deutschland (Anhang 1), Belarus, Montenegro (Anhang 2), Türkei, Aserbaidshan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Armenien, Russische Föderation, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in der Ukraine*: Ukraine (FSC.DEL/116/14), Griechenland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/113/14), Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada
- (b) *Weltgipfel gegen sexuelle Gewalt in Konflikten vom 10. bis 13. Juni 2014 in London*: Vereinigtes Königreich (Anhang 3), Dänemark (Anhang 4), Finnland
- (c) *Treffen der stellvertretenden Generalstabschefs im Rahmen des „South-Eastern Europe Defence Ministerial Process“ (SEDM) am 11. Juni 2014 in Belgrad*: Serbien (Anhang 5)
- (d) *Besuch in militärischen Einrichtungen der BENELUX-Staaten vom 19. bis 24. Mai 2014*: Niederlande (auch im Namen von Belgien und Luxemburg) (Anhang 6)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Protokollarische Angelegenheiten*: Island, Vorsitz, Türkei
- (b) *Einladung durch die Militärberater der OSZE-Teilnehmerstaaten zu einer Happy Hour am 18. Juni 2014*: Finnland

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 2. Juli 2014, 10.00 Uhr im Neuen Saal

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte S. E. Botschafter Oh Joon, Terence Taylor und Svetlana Geleva willkommen heißen und ihnen für ihre aufschlussreichen Ausführungen danken.

Lassen Sie mich eingangs betonen, dass wir die Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich unterstützen. Da wir im April 2004, als die Vereinten Nationen die Sicherheitsratsresolution 1540 einstimmig verabschiedeten, UNSC-Mitglied waren, sehen wir uns veranlasst, einige Überlegungen anzufügen.

Zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung ist die Bedeutung der UNSC-Resolution 1540 ungebrochen: Versuche nichtstaatlicher Akteure, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen und dazugehörigem Material zu gelangen, sind nach wie vor eine der größten Bedrohungen für die weltweite Sicherheit und die Menschheit.

In diesem Zusammenhang wissen wir insbesondere die unermüdlichen Bemühungen des 1540-Ausschusses unter der kompetenten Leitung von Botschafter Oh Joon sowie der 1540-Sachverständigengruppe zu würdigen. Wir anerkennen die wichtige Rolle des Ausschusses als Forum für die Vermittlung von Hilfeleistung zur weiteren Umsetzung von UNSCR 1540. Deutschland stellt weiterhin wesentliche Unterstützung und Hilfe für die Implementierungsbemühungen anderer Staaten zur Verfügung, unter anderem über unser Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), das als Implementierungsstelle des EU-Programms „Outreach in Export Control of Dual-Use Items“ fungiert. Wir begrüßen die Bemühungen des 1540-Ausschusses, nach Möglichkeiten für verstärkte Hilfeleistung als Schlüsselement der Umsetzung von UNSCR 1540 zu suchen, und würden uns wünschen, dass dieser Aspekt in eine noch auszuarbeitende mittelfristige Strategie Eingang findet. Bei der Bereitstellung von Unterstützung und dem Austausch von Beispielen guter Praxis könnten auch die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten eine nützliche Rolle spielen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich einen besonders wichtigen Aspekt hervorheben. Die Umsetzung der Resolution 1540 erfordert die aktive Mitwirkung aller maßgeblichen Beteiligten. In diesem Zusammenhang ist der deutschen Regierung die Rolle der Industrie und der Privatwirtschaft

nach wie vor ein großes Anliegen. Aus diesem Grund haben wir vor zwei Jahren in Zusammenarbeit mit dem UN-Büro für Abrüstungsfragen den „Wiesbaden-Prozess“ in die Wege geleitet. In der Folge war Deutschland bisher Gastgeber zweier großer, an die Industrie gerichteter internationaler Outreach-Konferenzen zur Resolution 1540, die den Dialog des Ausschusses mit der Industrie erleichtern und die Partnerschaft zwischen Regierungen und der Privatwirtschaft stärken sollten.

Für November dieses Jahres planen wir eine Konferenz über Governance und Compliance Management, auf der weiter untersucht werden soll, auf welche Weise die Industrie in verschiedenen Bereichen und Sektoren einen unmittelbaren Beitrag zu den internationalen Bemühungen der Staaten um die Umsetzung der Resolution 1540 leisten kann, darunter in der Biosicherheit, der chemischen und nuklearen Sicherheit sowie beim Transport, bei Vermittlungsgeschäften und der Ausfuhrkontrolle. Wir erwarten uns von diesem erstmaligen Dialogprozess mit der Industrie wertvolle Impulse für den Ausschuss, auch im Hinblick auf dessen bevorstehende umfassende Überprüfung im Jahr 2016, sowie für dessen Strategie und zukünftige Prioritäten.

Voll und ganz im Geiste des Wiesbaden-Prozesses und im Anschluss an den Aufruf des Vorsitzes des 1540-Ausschusses möchte ich Ihnen bekannt geben, dass wir derzeit – gemeinsam mit Australien – an der Fertigstellung von Beispielen wirksamer Praxis arbeiten, um die Industrie in Sachen Ausfuhrkontrolle mit an Bord zu holen. Wir hoffen, dass unser UN-Papier als Anhaltspunkt dienen wird und anderen Staaten bei ihren Implementierungsbemühungen Orientierungshilfe bieten kann.

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich nochmals unser festes Bekenntnis zur vollständigen und weltweiten Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1540 bekräftigen!

Abschließend möchte ich das Sekretariat ersuchen, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen.

Danke.

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Herr Vorsitzender,

obwohl sich Montenegro der EU-Erklärung vollinhaltlich anschließt, möchte ich als Vertreter meines Landes einige Bemerkungen anfügen. Auch ich heiße S. E. Botschafter Oh Joon, den Vorsitzenden des UNSC-Ausschusses nach Resolution 1540 (2004), Terence Taylor von der Sachverständigengruppe zu UNSCR 1540 und Svetlana Geleva vom Außenministerium der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien herzlich willkommen.

Montenegro bekennt sich uneingeschränkt zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit, zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den Terrorismus und zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Montenegro ist bestrebt, nichtstaatliche Akteure daran zu hindern, nukleare oder biologische Waffen oder deren Trägersysteme zu entwickeln, herzustellen, in Besitz zu nehmen, zu transportieren oder zu verwenden; die montenegrinischen Gesetze verbieten all diese Aktivitäten strikt.

Als Vertragsstaat aller einschlägigen internationalen Übereinkommen in Bezug auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ergreift Montenegro Maßnahmen zur zeitgerechten Erfüllung seiner Verpflichtungen aus UNSCR 1540.

Montenegro hat durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen und die Beachtung der im Gemeinsamen Standpunkt der EU enthaltenen einheitlichen Kriterien ein wirksames System zur Kontrolle des Außenhandels mit Waffen und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck geschaffen.

Im Einklang mit den Verpflichtungen aus der Integrationsagenda der EU hat Montenegro zahlreiche Maßnahmen betreffend die Reform seiner Grenzpolizei und der Zollverwaltung gesetzt.

Was Unfälle betrifft, so haben wir die Nationale Strategie für Notfallsituationen (2006) und das Gesetz über Schutz- und Rettungsmaßnahmen verabschiedet. Für Unfälle mit chemischem, biologischem oder radioaktivem Material haben wir konkrete nationale Pläne.

Um seine internationalen Verpflichtungen rasch umzusetzen und die Umsetzung von UNSCR 1540 zu erleichtern und zu beschleunigen, hat Montenegro im Mai dieses Jahres einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats (2014 – 2018) verabschiedet, der Prioritäten, Strategien und Pläne für weitere diesbezügliche Aktivitäten der zuständigen montenegrinischen Institution festlegt.

Der Aktionsplan wird für eine zeitgerechte und wirksame Erfüllung aller Verpflichtungen aus dieser Resolution sorgen und die Mechanismen und rechtlichen Grundlagen stärken, die die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verbieten. Er enthält die maßgeblichen operativen Absätze der Resolution 1540, und seine Ziele sind an unsere rechtlichen Rahmenbedingungen und administrativen Kapazitäten angepasst. Dieses Dokument enthält Maßnahmen zur Verbesserung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und zur Stärkung der Kapazitäten im Interesse einer erfolgreichen Umsetzung der Resolution.

Um die konkreten Schritte und Maßnahmen zu verwirklichen, die die zuständigen montenegrinischen Institutionen zu setzen haben, damit das gesamte System zur Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gestärkt wird, wäre Montenegro für internationale Unterstützung sehr dankbar.

Hilfe wird in folgenden Bereichen benötigt: Informationsaustausch, fachliche Unterstützung, Organisation von Ausbildungsmaßnahmen, CBRN-Spürgeräte, Gefahrstofftransport und Schutzvorrichtungen für den Umgang mit Gefahrstoffen.

Die zuständigen Institutionen haben einen Bedarf an geeigneter Ausrüstung für das Aufspüren von Radioaktivität und an Portalmonitoren für die Grenzübertrittsstellen festgestellt.

Fachliche Unterstützung wäre auch bei der Entwicklung der Nationalen Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und bei der Ausarbeitung des Gesetzes über die Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen willkommen.

Wir sind bereit, genaue Daten über die Anzahl und die Typen von Geräten und die Art der benötigten Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Wir wären sehr dankbar, wenn unsere Partner finanzielle und fachliche Beiträge in Erwägung ziehen würden, um bei der Ausgestaltung der in unserem Nationalen Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen Hilfe zu leisten.

Da wir die Abhaltung von Schulungskursen, Workshops und Runden Tischen für Vertreter einschlägiger nationaler Institutionen planen, wäre finanzielle und fachliche Unterstützung für die Verwirklichung dieser Maßnahmen sehr willkommen, insbesondere für die Ausbildung von Zollbeamten an den Grenzübertrittsstellen, damit diese die korrekte Bedienung der Spürgeräte erlernen, und für die Ausbildung von Regierungsbeamten, die für die Umsetzung des Übereinkommens über chemische und biologische Waffen und die CBRN-Risikoabwehr zuständig sind, sowie für zielgerichtete Schulungskurse zur Umsetzung der neuen Vorschriften.

Montenegro wird weiterhin auf nationaler wie auch internationaler Ebene die Bestimmungen der Resolution 1540 beachten und umsetzen und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unterstützen. Wir sind zuversichtlich, dass die internationale Gemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen und aktiver Teilnahme aller ihrer Mitglieder weiter an der Lösung dieser komplexen Fragen arbeiten wird.

Zu diesem Zweck rufen wir alle Staaten dazu auf, die Zusammenarbeit auf regionaler und globaler Ebene zu fördern, um die Verwirklichung der in der Resolution 1540 formulierten gemeinsamen Ziele zu unterstützen und dadurch den Frieden und die Sicherheit in der Welt zu stärken.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich diese Gelegenheit benützen, um der OSZE, dem 1540-Ausschuss und den anderen Partnern meinen Dank für die Unterstützung bei der Erstellung des Nationalen Aktionsplans und des Nationalen Berichts über die Umsetzung der Resolution 1540 auszusprechen.

Ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Vergangene Woche führten der Außenminister des Vereinigten Königreichs, William Hague, und die Sondergesandte des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Angelina Jolie, im Londoner ExCel Centre gemeinsam den Vorsitz beim Weltgipfel gegen sexuelle Gewalt in Konflikten.

Dieses bisher größte Treffen zu dem Thema sollte neue Dynamik in den Kampf gegen sexuelle Gewalt in Konflikten und konkrete praktischen Auswirkungen für die Betroffenen bringen.

Sexuelle Gewalt in Konflikten ist eine destruktive Handlung und Methode der Kriegsführung, die ohnegleichen ist. Sie bewirkt unermessliches Leid und ist darauf ausgerichtet, Menschen, Familien und Gemeinschaften zu zerstören. Sie hat das Potenzial, Konflikte in die Länge zu ziehen und neu zu entfachen und zu andauerndem Hass zu führen, der über Generationen weitergegeben wird. Will man Konflikte lösen und dauerhaften Frieden schaffen, ist es daher unerlässlich, sexuelle Gewalt zu verhindern und ihr entgegenzutreten.

Sexuelle Gewalt in Konflikten ist ein Sicherheitsproblem, das nach einer sicherheitspolitischen Antwort verlangt. Was können wir also tun? Unter den vielen Ideen und praktischen Vorschlägen, die auf dem Gipfel geäußert wurden, stechen einige hervor, die für eine auf Sicherheit und Zusammenarbeit bauende Organisation von Interesse sind:

- Illegale Waffen spielen eine wesentliche Rolle bei der Begehung oder Erleichterung schwerer Taten unter Anwendung geschlechtsspezifischer Gewalt oder schwerer Gewalttaten gegen Frauen und Kinder in Konflikten. Wir sind daher der Auffassung, dass die Regierungen das Konfliktrisiko unter anderem auch durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des Waffenhandelsvertrags verringern sollten.
- Die Verteidigungsminister sollten die Verantwortung für die Prävention sexueller Gewalt durch ihre Streitkräfte übernehmen. Das Militär ist ein wichtiger Partner was die Prävention wie auch den Schutz betrifft, muss jedoch besser im Umgang mit diesem sensiblen Thema geschult werden. Doktrin und Ausbildung des Militärs und

der Polizei auf nationaler Ebene sollten mit dem Völkerrecht in Einklang gebracht werden.

- Unserer Ansicht nach sollten die Staaten dafür sorgen, dass bei einem Waffenstillstand und bei Friedensverhandlungen – und in den sie befürwortenden UNSC-Resolutionen – Personen, die sexuelle Gewalt in einem Konflikt begangen haben, nicht in den Genuss einer Amnestie kommen.
- Die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und die nachfolgenden Resolutionen über Frauen, Frieden und Sicherheit bieten die Grundlage dafür, wie das Militär sexuelle Gewalt in seiner Doktrin und den Begleitstrategien behandeln kann. Die Mitwirkung von Frauen auf allen Ebenen im Sicherheitssektor wurde als ausschlaggebende Komponente für den Erfolg einer Mission erkannt.

Das Vereinigte Königreich begrüßt und unterstützt alles, was die Vereinten Nationen und andere multilaterale Organisationen, darunter auch unsere eigene, tun, um diesem Verbrechen Einhalt zu gebieten. Die OSZE, das BDIMR und das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte nahmen diese Woche am Gipfeltreffen der Initiative gegen sexuelle Gewalt (PSVI) teil. Eine Parallelveranstaltung unter ihrer Leitung, an der strategische Führungskräfte für Friedenssicherungs- und andere militärische Einsätze teilnahmen, sollte ein verstärktes Engagement des Militärs für die Beendigung sexueller Gewalt in Konflikten bewirken. Aber wir – die internationale Gemeinschaft – können und müssen noch mehr tun.

Das Vereinigte Königreich teilt mit anderen die Überzeugung, dass wir mit der Kultur der Straflosigkeit, die bei sexuellen Gewalt in Konflikten vorherrscht, brechen müssen. Es sei daran erinnert, dass Vergewaltigung und andere Formen schwerer sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten Kriegsverbrechen sind und als solche behandelt werden müssen.

Wenn wir zusammenarbeiten, unser Wissen und unsere Erfahrungen weitergeben, Ressourcen mobilisieren und weltweit den nötigen politischen Willen aufbringen, können wir dem Einsatz von Vergewaltigung und anderen Formen sexueller Gewalt als Kriegswaffe entschlossen Einhalt gebieten.

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Herr Vorsitzender,

am 10. Juni gab der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Martin Lidegaard, anlässlich einer Veranstaltung in der UN-City in Kopenhagen das Startzeichen für Dänemarks dritten Nationalen Aktionsplan zur Durchführung von Resolution 1325 des Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von UNDP, UNFPA, WHO, UN-Frauen, der Britischen Botschaft in Kopenhagen und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten organisiert und bildete den Auftakt zum Weltgipfel in London gegen sexuelle Gewalt in Konflikten. In seiner Rede betonte der Minister, dass es ohne die volle und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen keinen dauerhaften Frieden geben kann, hob die Rolle der Vereinten Nationen hervor und nannte Beispiele für das Engagement Dänemarks für den Schutz und die Förderung der Mitwirkung von Frauen in schwachen und von Konflikten betroffenen Staaten. Der Minister, der vom britischen Außenminister William Hague als einer der 13 „Global Champions“ im Kampf gegen sexuelle Gewalt vorgeschlagen wurde, sprach auch über sein persönliches Engagement für diese Sache.

Die Ziele und politischen Prioritäten des zweiten Nationalen Aktionsplans von Dänemark sind nach wie vor sehr wichtig, und der dritte NAP, der für den Zeitraum 2014 – 2019 gilt, wird daher als Fortschreibung des Nationalen Aktionsplans von 2008 – 2013 angesehen. Er wird von vier Ministern unterzeichnet – dem Außenminister, dem Minister für Handel und Entwicklungszusammenarbeit, dem Verteidigungs- und dem Justizminister – und steht für die Zusammenarbeit zwischen dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und der dänischen Nationalpolizei als Beauftragte des Justizministeriums. Der Plan ist sehr ergebnisorientiert und enthält eine Liste konkreter Initiativen mit Indikatoren, die von jeder Behörde in der kommenden Fünfjahresperiode zu implementieren sind.

Die Prioritäten und Maßnahmen Dänemarks zur Durchführung von Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats verfolgen drei Ziele:

- Durchsetzung einer umfassenderen, aktiven Mitwirkung von Frauen an der Friedenskonsolidierung auf internationaler und lokaler Ebene,

- verstärkte Anerkennung der besonderen Bedürfnisse und Rechte von Frauen und Mädchen vor, während und nach bewaffneten Konflikten,
- Gewähren von Schutz für Mädchen und Frauen vor Gewalt, einschließlich geschlechtsbezogener Gewalt wie Vergewaltigung und sexueller Missbrauch, und Aufhebung der Straflosigkeit geschlechtsbezogener Verbrechen.

Zur Auftaktveranstaltung gab der Minister für auswärtige Angelegenheiten folgende Erklärung ab:

„Es ist absolut unerlässlich, dass die Staatengemeinschaft zusammenarbeitet, um dem schrecklichen Einsatz der Vergewaltigung als Kriegswaffe ein Ende zu machen, diesem Auswuchs vieler Konflikte in der ganzen Welt. Die dänische Regierung ist der Ansicht, dass Schutz und Mitwirkung Hand in Hand gehen. Ein grundlegender Aspekt der Prävention sexueller Gewalt ist es, dafür zu sorgen, dass Frauen eine Schlüsselrolle in der Konfliktlösung, in Friedensprozessen und beim Wiederaufbau ihrer Gesellschaften spielen. Diese Botschaft steht im Zentrum des Nationalen Aktionsplans über Frauen, Frieden und Sicherheit, zu dem die dänische Regierung heute den Auftakt gegeben hat.“

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

ich möchte das Forum für Sicherheitskooperation über das Treffen der stellvertretenden Generalstabschefs im Rahmen des „Southeastern Europe Defence Ministerial Process“ (SEDM) aufmerksam machen, das am 11. und 12. Juni 2014 in Belgrad stattgefunden hat.

Die Delegationen aus 14 am SEDM teilnehmenden Ländern, einem Beobachterland und Delegationen internationaler Organisationen trafen mit dem Ziel zusammen, die militärische Zusammenarbeit in Südosteuropa weiter zu fördern und die Stabilität und Sicherheit in der Region zu stärken.

In seiner Eröffnungsrede wies der Staatssekretär des serbischen Verteidigungsministeriums, Zoran Djordjević, auf das besondere Interesse Serbiens an der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Ländern in der Region hin, da alle diese Länder mit ähnlichen Sicherheits Herausforderungen konfrontiert seien. Die jüngsten Überschwemmungen in Serbien, Bosnien und Herzegowina und Kroatien hätten gezeigt, welch hohen Stellenwert die Verteidigungszusammenarbeit in der heutigen Zeit habe.

Auf dem Treffen konnten die stellvertretenden Generalstabschefs dem Vortrag des derzeitigen SEDM-Vorsitzenden, Valeriu Nicut, Staatssekretär für Verteidigungspolitik und -planung im rumänischen Verteidigungsministerium, aktuelle Informationen über Aktivitäten und Beschlüsse entnehmen und auch einen Vortrag des Kommandanten der Südosteuropa-Brigade, Brigadegeneral Hakan Eser, hören. Ferner wurde eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Wirksamkeit der Projekte im Rahmen der SEDM-Initiative erörtert.

Darüber hinaus stellten die stellvertretenden Generalstabschefs die Qualität der Ergebnisse fest, die der SEDM-Prozess im ersten Jahr des rumänischen Vorsitzes erzielt hat, und vereinbarten, dass das nächste Treffen 2015 in Albanien stattfinden wird.

Herr Vorsitzender,

als regionale Initiative ist SEDM eine äußerst effiziente Plattform für die Erörterung politischer und militärischer Belange und trägt zur Koordination und Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten in spezifischen Fragen von gemeinsamem Interesse auf den Tagesordnungen verschiedener internationaler Organisationen, einschließlich der OSZE, bei. In diesem Sinne leisten der SEDM-Prozess und die Projekte im Rahmen dieser Initiative einen wirklich wertvollen Beitrag zur Förderung der Zusammenarbeit im Geiste des kooperativen Sicherheitskonzepts der OSZE.

In Anbetracht unserer gemeinsamen Bemühungen zur Förderung der Entwicklung der Zusammenarbeit und des Dialogs möchte ich die Gelegenheit nützen, um im Namen der Republik Serbien allen am SEDM teilnehmenden Staaten zu danken und auf die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit für alle Länder in Südosteuropa hinzuweisen.

Danke, Herr Vorsitzender.

758. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 764, Punkt 2 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE
(AUCH IM NAMEN BELGIENS UND LUXEMBURGS)**

Herr Vorsitzender,

im Namen der BENELUX-Teilnehmerstaaten möchte ich Sie auf die Besuche bei militärischen Einrichtungen und von Militärflugplätzen in den BENELUX-Staaten in der Zeit vom 19. bis 24. Mai laut Nachricht F41 mit der Nummer CBM/SE/14/0016/F41/O aufmerksam machen. Wir halten diese Veranstaltung nach dem Wiener Dokument für erwähnenswert, da es das erste Mal ist, dass drei Teilnehmerstaaten mit einer gemeinsamen Verifikationsstelle zusammen eine Reihe von militärischen Kontakten durchführten. In allen Staaten wurden die Delegierten vorab durch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Verteidigungsministerium und die jeweiligen Streitkräfte eingewiesen. In Luxemburg wurde eine Fahrt zum Militärzentrum von Diekirch organisiert. In Belgien wurden dem *Centre de Compétence du Matériel Roulant et Armement* in Rocourt und dem 2. Taktischen Geschwader des Militärflugplatzes Florennes Besuche abgestattet. In den Niederlanden wurden der Militärflugplatz Leeuwarden und das Kommando Feuerunterstützung in t'Harde besucht. Die Anerkennung, die den organisierenden Truppenteilen und der Rüstungskontrollagentur der BENELUX -Staaten von den 46 Delegierten aus 23 Ländern und vier internationalen Organisationen ausgesprochen wurde, beweist, dass das Wiener Dokument ein überaus relevantes und nützliches Instrument der Transparenz und Vertrauensbildung sein kann, wenn der politische Wille zur bestmöglichen Nutzung dieses Instrumentariums gegeben ist.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche Sie höflich, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen.